

Antrag 1.9.2: #EuropeanHeart- für starke Sozialstaaten in einem sozialen, solidarischen wirtschaftlich starken und grünen (nachhaltigen) Europa

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.
Status:	Annahme mit Änderungen
Antragskommission:	Annahme mit Änderungen

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 Der AWO-Bezirksverband Braunschweig und der AWO Bundesverband werden aufgefordert
 4 sich auf der nationalen Ebene sowie der europäischen Ebene für starke Sozialstaaten
 5 in einem sozialen, solidarischen wirtschaftlich starken und grünen (nachhaltigen)
 6 Europa einzusetzen. Zur Erreichung der Ziele arbeitet er eng mit seinem europäischen
 7 Partner zusammen (z.B. Solidar; Federation of European Social Employers, EPSU usw.)

8

9 Im besonderen Fokus stehen folgende Ziele:

- 10 • die konsequente und verbindliche Umsetzung der Inhalte der Europäischen Säule
 11 sozialer Rechte, hier insbesondere
 - 12 • die Verabschiedung von Grundsätzen für soziale Mindestsicherungssysteme und
 13 nationaler Mindestlohnregelungen
 - 14 • die Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung
 - 15 • die Einführung einer Kindergarantie
 - 16 • die Stärkung der europäischen Jugendgarantie
- 17 • die soziale und gerechte Gestaltung des „Green Deals“
- 18 • Unterstützung einer Kohäsionspolitik, die zu einer europaweiten
 19 Aufwärtskonvergenz führt
 - 20 • die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer
 - 21 • die Einführung eines „zivilen Dialoges“ (die Einbindung zivilgesellschaftlicher
 22 Organisationen in die europäischen Konsultationen) und die verbindliche
 23 Festschreibung des Grundsatzes des Partnerschaftsprinzips in allen europäischen
 24 Mitgliedsstaaten
 - 25 • ein Initiativrecht des europäischen Parlamentes und transnationale Wahllisten
 - 26 • eine Neugestaltung der europäischen Flüchtlingspolitik
 - 27 • die Entwicklung eines EU-weiten sozialen Aktionsplanes zur digitalen
 28 Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten
 - 29 • die Stärkung der gemeinnützigen Sozialwirtschaft in Europa

- 30 • die europäische Sozialwirtschaft braucht einen eigenständigen sozialen Dialog

Begründung

Die AWO bekennt sich weiterhin zur europäischen Idee und zur EU.

Die soziale Situation/Dimension in Europa hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Die Proklamation der europäischen Säule sozialer Rechte im Jahr 2017 und die daraus resultierenden Initiativen, sind ein wichtiger Schritt, die soziale Dimension in Europa zu stärken. Allerdings sind Armut und soziale Ungleichheiten in und zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten nach wie vor hoch.

Die europäische Säule muss konsequent umgesetzt werden, indem verbindliche Verordnungen und Richtlinien daraus abgeleitet werden und ihre Grundsätze bei der Politikgestaltung berücksichtigt werden.

Der sogenannte „Green Deal“ sieht ein klimaneutrales Europa bis 2050. Die AWO begrüßt diese Zielsetzung. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN müssen hierbei die Grundlage bilden. Der damit einhergehende gesellschaftliche und ökonomische Wandel muss sozial und gerecht gestaltet werden. Die AWO steht zu einer Kohäsionspolitik, die zu einer europaweiten Aufwärtskonvergenz führt. Hierbei machen wir uns stark für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer oder einer anderen EU-weiten erhobenen Steuer. Die dadurch generierten Mittel sollten zur Bekämpfung von Ungleichheit und für soziale Investitionen sowie soziale Innovation genutzt werden. Dabei müssen europäische Förderprogramme auch inklusive Ansätze beinhalten. Die Zivilgesellschaft muss bei der Erstellung der Programme beteiligt werden und der Grundsatz des Partnerschaftsprinzips muss in allen europäischen Mitgliedsstaaten gelebt werden. Der zivile Dialog muss mit dem sozialen Dialog gleichgestellt werden.

Die AWO befürwortet eine demokratische EU, hierzu gehören neben der Einbindung der Zivilgesellschaft in demokratische Prozesse auch ein Initiativrecht des Europäischen Parlamentes für Gesetzesvorschläge sowie transnationale Wahllisten und grenzüberschreitende Diskussionen, damit die europäische Idee sichtbar und die

Identität mit der EU gefördert wird. Eine weitere Demokratisierung der Europäischen Institutionen sowie eine aktive Beteiligung der EU-Bürger*innen stärkt das Vertrauen in die EU.

Auf europäischer Ebene gibt es derzeit kein gemeinschaftliches, solidarisches und nachhaltiges Asylsystem. Derzeit werden menschenrechtliche und europarechtliche Standards außer Acht gelassen. Die Neugestaltung der europäischen Flüchtlingspolitik muss eng mit der europäischen Entwicklungspolitik verknüpft werden. Fluchtursachen in den Krisenländern müssen besser bekämpft werden. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik muss von allen Mitgliedsstaaten getragen werden. Die Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Voraussetzungen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen. Für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die nicht zum Scheitern verurteilt ist, ist es daher wichtig einen gemeinsamen EU-Fonds für Geflüchtete aufzulegen.

Die digitale Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten, darf nicht nur dem

Binnenmarkt und Wettbewerbszwecken dienen. Ein EU-weiter sozialer Aktionsplan zur digitalen Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten, muss dem Wohle aller EU-Bürger*innen dienen und die gleichberechtigte Teilhabe an Digitalisierungsprozessen gewährleisten.

Die gemeinnützige Sozialwirtschaft hat beschäftigungspolitisch das Potenzial, Arbeitsplätze sowie nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges Wachstum zu schaffen. Die Sozialwirtschaft ist Treiber von sozialer Innovation in Europa. Darüber hinaus erhöhen soziale Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unter Federführung des Arbeitgeberverbandes der AWO Deutschland ist die Federation of Social Employers gegründet worden. Sie hat den Zweck die europäische Sozialwirtschaft als Branche in einen eigenständigen, europäischen, sozialen Dialog zu führen. Die AWO sollte diesen Prozess positiv begleiten, da auch dies die gemeinnützige Sozialwirtschaft in Europa stärkt.